

Niederschrift
der 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 14.11.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:05 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. Heike Carstensen

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn

Herr Harald Ihlo

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Sabine Tiede

Vertreter

Herr Bernd Röll

Vertretung für Frau Brigitta Tornow

Frau Petra Voß

Vertretung für Frau Anett Kindler

Protokollführer

Frau Maxi Hoffmann

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Sarah Cornils

Frau Kathi Gutsmuths

Herr Tino Krusch

Gäste

Frau Jutta Lüdecke

Frau Dörte Heinrich

Frau Stefanie Patzelt

Frau Ines Sommer

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.09.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen

- 4.1 Auswertung der Veranstaltung "Stralsund grenzenlos - Menschen in Aktion" Aktionswoche vom 04. - 07.09.2017
- 4.2 Erreichbarkeit von Ämtern, öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen (z.B. SWG, SWS, REWA)
- 4.3 Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0062/2016
- 4.4 Beratung zu Kitaplätzen, Kapazitäten, Neubau von Kindertagesstätten
- 4.5 Plastikmüll reduzieren - Hundekot besser entsorgen
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0045/2017
- 4.6 zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten
Einreicher. SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0061/2016
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung verpflichtet Frau Ehlert Herrn Bernd Röll auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung der Hansestadt Stralsund.

Die Ausschussvorsitzende Frau Ehlert schlägt vor, den TOP 4.1, Auswertung der Veranstaltung „Stralsund grenzenlos – Menschen in Aktion“ Aktionswoche vom 04.-07.09.2017, zurückzustellen, da Frau Landgraf krankheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Da das Interesse an einer Einschätzung der Aktionswoche besteht, soll die Auswertung in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden.

In der Folge verschieben sich die übrigen Tagesordnungspunkte entsprechend. Die Abarbeitung in der Niederschrift bleibt hiervon unberührt.

Die Tagesordnung wird mit den o.g. Änderungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.09.2017

Die Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.09.2017 wird bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 4 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Auswertung der Veranstaltung "Stralsund grenzenlos - Menschen in Aktion" Aktionswoche vom 04. - 07.09.2017

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Ausschussvorsitzenden Frau Ehlert zurückgezogen.

zu 4.2 Erreichbarkeit von Ämtern, öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen (z.B. SWG, SWS, REWA)

Herr Bogusch äußert sich zur Problematik. Allerdings kann er den Ausschussmitgliedern nur Fragen bezüglich der verkehrlichen Erreichbarkeit in den Gebäuden der Stadtverwaltung beantworten. Bei Anmerkungen über die Erreichbarkeit in Bezug auf die Öffnungszeiten oder Internetzugänge der Ämter kann er im Moment keine Auskunft geben, würde die auftretenden Fragen aber mitnehmen.

Über die öffentliche Erreichbarkeit der Ämter führt Herr Bogusch aus, dass dazu ein Beschluss der Bürgerschaft vorliegt, der die Errichtung von Kurzzeitparkplätzen vor Verwaltungsgebäuden mit Publikumsverkehr zum Inhalt hat. Die untere Verkehrsbehörde hat auf dieser Grundlage ein Konzept erarbeitet, welches dem Oberbürgermeister noch im November vorgelegt wird.

Zu der Problematik Parken in der Altstadt gibt er zu bedenken, dass dieses schwierig ist und die Menschen auf die Parkhäuser als Alternative ausweichen müssen. Zu der Erreichbarkeit der städtischen Tochterunternehmen kann Herr Bogusch nur die Aussage treffen, dass die REWA und die SWG Parkplätze in unmittelbarer Umgebung ihren Besuchern vorhält. Bei den Stadtwerken Stralsund stehen vor dem Gebäude bewirtschaftete Plätze zur Verfügung. Auf der Homepage der Hansestadt Stralsund sind die Erreichbarkeiten der nächstliegenden Bushaltestellen zu den Ämtern hinterlegt.

Frau Friesenhahn gibt zu bedenken, dass die Erreichbarkeit durch die parkenden Autos auf beiden Straßenseiten in der Schillstraße vor dem Ordnungsamt sehr schwierig ist. Sie sieht die Zugänglichkeit des Ordnungsamtes für behinderte oder ältere Menschen als problematisch an.

Herr Bogusch erläutert die damalige Prüfung des Ordnungsamtes. Dabei führt er die unebene Pflasterung der Gehwege und der Fahrbahn durch Naturstein und Granitplatten als Problem an. Der Problematik wurde dahingehend Rechnung getragen, dass bei der Sanierung von Straßen beispielsweise in der Heilgeiststraße im Bereich der Überquerung geschnittenes Pflaster verwendet wurde. Dadurch soll nach und nach die Barrierefreiheit in der Altstadt verbessert werden. Des Weiteren erläutert der Abteilungsleiter die Herausforderungen der praktischen Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses. Schwierig ist dabei die Frage nach der Anzahl der Kurzzeitparkplätze, um dem Publikumsverkehr im Ordnungsamt gerecht zu werden und den Kontrollmöglichkeiten.

Frau Ehlert bedauert die Parkplatzsituation in der Altstadt, lobt aber die vielfältigen Bemühungen der Stadtverwaltung, die Situation für Anwohner, Gäste und Beschäftigte erträglich zu machen.

zu 4.3 Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorlage: AN 0062/2016

Herr Krusch informiert die Mitglieder des Ausschusses über die vergangenen Beratungen über die Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten. Dabei führt er aus, dass der Gesetzgeber im Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis den vorliegenden Fall erkannt und geregelt hat.

Bezüglich der beantragten Samstagsöffnungszeiten einmal monatlich gibt er bekannt, dass seitens der Verwaltung ein Fragebogen erarbeitet wurde. Dieser soll die Zufriedenheit der

Nutzer des Ordnungsamtes in den Bereichen: Allgemeine Zufriedenheit, Öffnungszeiten und aktuelle Wartezeiten vor dem Hintergrund der allgemeinen statistischen Erhebungen repräsentativ darstellen. Die Umfrage wird ab dem 01.12.2017 für ein halbes Jahr jeweils nach Erbringung der Dienstleistung ausgegeben. Ziel der Umfrage ist die Bedarfsermittlung für die Ausweitung der Sprechzeiten.

Als dritte Information erläutert Herr Krusch das Konzept der Online-Terminvergabe im Ordnungsamt. Nach Verzögerungen, die mittlerweile behoben sind, soll das System im ersten Quartal 2018 an den Start gehen.

Frau Friesenhahn erkundigt sich nach der praktischen Durchführung des Fragebogens und nach der Möglichkeit, diesen auch auf der Homepage der Hansestadt Stralsund online auszufüllen.

Herr Krusch äußert seine Bedenken dahingehend, dass die Überprüfbarkeit und die Ernsthaftigkeit bei Onlineumfragen nicht so gegeben sind, wie nach einer persönlichen Wahrnehmung direkt nach Erbringung der Dienstleistung.

Frau Ehlert regt die Überlegung an, dass auf der Homepage der Hansestadt Stralsund ein Link zum Fragebogen hinterlegt wird und bittet die Verwaltung, den Vorschlag zu überdenken.

Herr Röhl schlägt vor, auf der Homepage eine Meldung zu veröffentlichen, in der die Existenz des Fragebogens bekannt gegeben wird.

Herr Bogusch ergänzt die Ausführungen von Herrn Krusch dahingehend, dass im Bereich der Verkehrsplanung repräsentative Umfragen gängige Praxis sind. Seine Erfahrungen schildert er den Mitgliedern des Ausschusses. Daher befürwortet er den Ansatz, die Bürgerinnen/Bürger direkt nach der Erbringung der Dienstleistung nach ihren Eindrücken zu fragen. Eine Onlinebefragung ohne Bezug zum Ordnungsamt hält Herr Bogusch für wenig repräsentativ.

Frau Ehlert und Frau Dr. Carstensen befürworten den Fragebogen nach dem Konzept der Stadtverwaltung.

Herr Röhl spricht sich gegen eine Samstagsöffnung aus, da die Bürgerinnen/Bürger durch die Aufteilung der Arbeitszeit der Mitarbeiter auf die Samstage in der Woche von einer höheren Wartezeit ausgehen müssen.

Frau Ehlert fasst die Thematik zusammen und würde sich über eine Auswertung des Fragebogens im kommenden Jahr freuen.

Sie stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenenthaltungen

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft den Antrag nicht weiter zu verfolgen. Der Präsident wird über das Beratungsergebnis schriftlich in Kenntnis gesetzt.

zu 4.4 Beratung zu Kitaplätze, Kapazitäten, Neubau von Kindertagesstätten

Frau Heinrich, als Fachdienstleiterin Jugend im Landkreis Vorpommern-Rügen, setzt die Mitglieder des Ausschusses über den aktuellen Stand der Kitabetreuung im Landkreis Vorpommern-Rügen in Kenntnis. Sie führt aus, dass die Problematik der Kitaplätze und der Tagespflegeplätze seit Juni 2017 konstruktiv mit der Hansestadt Stralsund und den verantwort-

lichen Trägern der Kindertagesstätten bearbeitet wird. Im Dezember wird es ein Gespräch mit der Stadt Stralsund geben, wobei die rechnerischen Zahlen der Kitaplätze, die Bedarfe und die Priorisierung abgestimmt werden. Außerdem soll in dieser Beratung das weitere Verfahren mit den Trägern besprochen werden, die Investitionsbedarf angezeigt haben. Die Summe der Investitionen, die für den gesamten Landkreis Vorpommern-Rügen zur Verfügung stehen, beträgt 2,8 Mio € für 165 Kindertagesstätten. Der Jugendhilfeausschuss wird auf dieser Basis und den anstehenden Beratungen dann eine Priorisierung für den gesamten Landkreis Vorpommern-Rügen vornehmen.

Frau Ehlert erkundigt sich nach der Entwicklung der Tagespflegeplätze, die den Bedarf der Kleinkinder unter 3 Jahren abdecken.

Frau Heinrich erläutert, dass es für den gesamten Landkreis immer Anträge auf Neueröffnung gibt, wobei auch die Abmeldungen von Tagespflegeplätzen aus unterschiedlichen Gründen zunehmen.

Frau Friesenhahn möchte aus persönlichen Gründen wissen, wie die Tendenz für die Anmeldungen für einen Krippenplatz für das Jahr 2018/2019 sind.

Frau Heinrich führt aus, dass es vom Gesetzgeber so geregelt ist, dass jedes Kind einen Anspruch auf einen Kindergarten- oder Krippenplatz hat. Allerdings umfasst dieser Anspruch keinen Platz in der möglicherweise gewünschten Kita, sondern nur in einer Kindertagesstätte wohnortnah in Stralsund.

Frau Ehlert fragt nach, in welchem Umkreis wohnortnah definiert wird. Frau Heinrich begutachtet immer den Einzelfall, da es keine gesetzliche Definition gibt, erwartet aber auch von den Eltern die Bereitschaft und Mobilität, ihr Kind auch in die Randgebiete von Stralsund zu bringen.

Die Ausschussvorsitzende erkundigt sich nach einem Neubau einer Kindertagesstätte in Stralsund, worauf hin Frau Heinrich eine Interessenbekundung von freien Trägern bejaht, ohne nähere Informationen vorzubringen.

Für den Beratungstermin zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und der Hansestadt Stralsund gibt es noch keinen genauen Termin. Das Gespräch soll aber Anfang Dezember stattfinden.

Frau Ehlert bedankt sich bei Frau Heinrich und Frau Gutsmuths für die geleistete Arbeit und betont nochmals die angespannte Situation in den Kindertagesstätten.

zu 4.5 Plastikmüll reduzieren - Hundekot besser entsorgen
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0045/2017

Frau Ehlert gibt zur Protokoll, dass dieses Thema ausführlich in den Ausschüssen und Fraktionen besprochen wurde.

Nachdem die Ausschussmitglieder keinen Redebedarf haben, stellt Frau Ehlert den Antrag AN 0045/2017 wie folgt zur Abstimmung:

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss schlägt der Bürgerschaft vor, das Anliegen des Antrages nicht weiter zu verfolgen.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis schriftlich in Kenntnis gesetzt.

**zu 4.6 zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten
Einreicher. SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0061/2016**

Frau Cornils führt in die Thematik ein und erläutert die Position des Lokalen Bündnisses für Familie. In der letzten Sitzung haben sich die Verantwortlichen mit den Aufgaben eines Kinderbeauftragten beschäftigt und festgestellt, dass aus ihrer Sicht die Aufgaben durch das Lokale Bündnis größtenteils abgedeckt sind, da dieses auch die Interessen der Kinder, als Teil der Familie, vertritt. In diesem Zusammenhang betont die Gleichstellungsbeauftragte, dass das Lokale Bündnis in Stralsund mit über 60 Bündnispartnern, im Gegensatz zur Hansestadt Greifswald, die einen ehrenamtlichen Kinderbeauftragten haben, sehr gut vernetzt ist.

Sie betont aber auch, dass es keine spezielle Sprechstunde für Kinder gibt, aber wenn in irgendeiner Weise ein Problem auftritt, dann steht das Lokale Bündnis immer zur Verfügung. Frau Cornils weist auch darauf hin, dass sich das Lokale Bündnis auf Familien spezialisiert hat und weitere Aktivitäten bezüglich der Rechte von Kindern aufgrund der vorhandenen personellen Kapazität nicht möglich sind. Des Weiteren verweist sie auf die Arbeit des Kinder- und Jugendhilfeausschusses, welcher eine Kinder-Jugend- und Einwohnerfragestunde anbietet, die bislang aber nur einmal effektiv genutzt wurde. In einer Umfrage wurde deutlich, dass die Verantwortlichkeit für die Durchsetzung der Rechte der Kinder bei der Familie und den Betreuungseinrichtungen liegt und eine lokale Anlaufstelle nicht notwendig ist.

Frau Ehlert informiert die Mitglieder über die Arbeit in der Kindertagesstätte „Anne Frank“, die eine gesetzlich vorgeschriebene Fachkraft für Kindeswohlgefährdung vorhält. Außerdem müssen sich die Erzieher alle zwei Jahre einer Weiterbildung zum Thema Kindeswohlgefährdung unterziehen. Außerdem äußert sie ihre Erfahrungen dahingehend, dass sich Kinder bei Problemen vermehrt den bekannten Erziehern und der Familie, als einer fremden Person anvertrauen. Die Ausschussvorsitzende befürwortet die Arbeit des Lokalen Bündnisses für Familien und bezweifelt die Notwendigkeit eines Kinderbeauftragten.

Frau Dr. Carstensen empfindet es als Unterschied, ob ein Beauftragter sich um Familien oder Kinder kümmert. Sie befürwortet den angesprochenen Wettbewerb „Familienfreundliches Unternehmen“, gibt aber auch zu bedenken, dass die Vereinbarkeit der Eltern mit dem Beruf im Vordergrund stehen und nicht die Interessen der Kinder.

Frau Patzelt erläutert den Ausschussmitgliedern die Arbeit des Lokalen Bündnisses für Familien und stellt die aktuellen Projekte z.B. „Rettungsboot“ und „Frühe Hilfen“ kurz vor. Dabei betont sie, dass durch die vielfältige Netzwerkarbeit die Probleme der Kinder schnell aufgegriffen werden und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Frau Dr. Stahlberg lehnt den Antrag ab, da sie die Notwendigkeit eines Kinderbeauftragten, aufgrund der breitschultrigen Netzwerkaktivitäten in der Hansestadt Stralsund nicht sieht.

Frau Friesenhahn erkundigt sich nach der persönlichen Meinung von Frau Cornils, ob sie einen Kinderbeauftragten als Notwendigkeit erachtet. Frau Cornils verneint dieses, da sie in ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte auch die Möglichkeit hat, am Tag der Kinderrechte ansprechende Veranstaltungen oder ähnliches zu organisieren.

Frau Ehlert lässt über den Antrag AN 0061/2017 wie folgt abstimmen:

Abstimmung: 0 Zustimmungen 5 Gegenstimmen 3 Stimmenenthaltungen

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft den Antrag nicht weiter zu verfolgen.
Der Präsident wird über das Beratungsergebnis schriftlich in Kenntnis gesetzt.

zu 5 **Verschiedenes**

-

Frau Dr. Carstensen berichtet den Ausschussmitgliedern von einer Veranstaltung mit dem Titel: „Unverzichtbar und Überholt“ am 06.11.2017 in Rostock, die sie besucht hat. Auf dieser Veranstaltung, welche die kommunale Gleichstellungsarbeit zum Inhalt hatte, wurde der aktuelle Gleichstellungsbericht vorgestellt. Dabei wurde ein neues Sorgemodell thematisiert, welches die Schwerpunkte auf der Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen legt.

Sie schlägt vor, einen aktuellen Bericht von der Gleichstellungsbeauftragten zu hören, insbesondere von ihrer internen und externen Arbeit.

Frau Ehlert befürwortet den Vorschlag und regt an, einen Arbeitsplan für nächstes Jahr zu erstellen und zur nächsten Sitzung am 05.12.2017 bereits erste Vorschläge zu sammeln.

-

Frau Quintana Schmidt wurde darauf hingewiesen, dass Wildschweine im nahen Wohngebiet, beispielsweise in Andershof, bereits bis auf die Gehöfte vorgedrungen sind. Sie erkundigt sich nach der Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung für dieses Problem.

Herr Krusch verweist auf die Zuständigkeit im Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten und erläutert die Möglichkeiten, die der städtische Jäger für die Bekämpfung hat.

-

Frau Friesenhahn merkt an, dass es zu wenige Papierkörbe auf dem Alten Markt gibt. Außerdem fügt sie das Beispiel an, dass die Müllverschmutzung gerade nach der Mittagspause im Hansa-Gymnasium auffällt. Sie regt die Überlegung an, wenigstens drei Papierkörbe auf dem Markt zu errichten.

Herr Bogusch erläutert die vergangenen Bemühungen und die Umsetzung des Konzeptes für die Gestaltung des Alten Marktes und die Müllbekämpfung. Dazu gibt es einen Beschluss der Bürgerschaft, der im Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung hinreichend besprochen wurde, verbunden mit einer Begehung der Altstadt. Er gibt aber auch zu bedenken, dass eine Vielzahl an Mülleimern nicht den Müllkonsum der Leute beeinflusst.

Frau Quintana Schmidt hinterfragt die Verpflichtung der Bäckereien zur Müllentsorgung vor ihren Geschäften.

Herr Bogusch und Frau Ehlert verständigen sich darauf, dass das Thema innerhalb der Verwaltung nochmals besprochen wird.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

Da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keine Beratungsbedarf besteht, entfallen die weiteren Tagesordnungspunkte und Frau Ehlert beendet die Sitzung.

gez. Sabine Ehlert
Vorsitzender

gez. Maxi Hoffmann
Protokollführung